

## THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- Haushalt 2021: Die SPD übernimmt Verantwortung für unser Land!
- Kinderschutz: Kinder und Jugendliche vor sexualisierter Gewalt besser schützen!
- Friedenspolitik: Für eine atomwaffenfreie Welt!
- Bildung darf nicht gegen Gesundheit ausgespielt werden!

Haushalt 2021:

## Die SPD übernimmt Verantwortung für unser Land!

*Die Februar-Landtagssitzung begann am Mittwoch mit der Aussprache zum Haushalt 2021. Corona-bedingt kommt uns in diesem Jahr eine ganz besondere Rolle zu. Zu den SPD-Haushaltsanträgen für 2021 erklärt der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dr. Ralf Stegner:*

„Die Corona-Pandemie ist ein grundlegender Einschnitt für unsere Gesellschaft. Als SPD befinden wir uns seit knapp einem Jahr in einer ganz besonderen Oppositionsrolle, in einer Doppelfunktion: Wir kontrollieren die Regierung und übernehmen parallel sehr stark direkt Verantwortung. Besonders deutlich hat sich unsere Verantwortung beim Nachtragshaushalt gezeigt. Es ist ungewöhnlich, dass eine Opposition so wirksam ist und eigene Akzente durchsetzen kann, aber bei uns ist das so!

*„Wir haben der Landesregierung durch unsere Zustimmung den nötigen finanzpolitischen Spielraum verschafft, aber wir waren auch sehr darauf bedacht, keine Blankoschecks auszustellen!“*



Wir haben der Landesregierung durch unsere Zustimmung den nötigen finanzpolitischen Spielraum verschafft, aber wir waren auch sehr darauf bedacht, keine Blankoschecks auszustellen, sondern konkret festzuschreiben, wofür Mittel verwendet werden: Schulbau (120 Mio. €), Wohnungsbau (60 Mio. €), Krankenhäuser (124 Mio. €), Kurzzeitpflegeplätze (10 Mio. €) – über die konkrete Umsetzung sind wir mit der Landesregierung in Gesprächen. Aber auch darüber hinaus hat die Landesregierung zahlreiche Vorschläge von uns übernommen, teilweise offensiv, teilweise nach einer politischen Schamfrist. Dazu gehören die Inzidenz-Ampel, die Entlastung der Eltern bei den Kita-Beiträgen, die Hilfen für Betriebe mit mehr als zehn Mitarbeitern, mehr Abstimmung mit dem Nachbarland Hamburg, zusätzliche Schulbusse und die bürgerfreundliche Terminvergabe bei den Impfungen. Wir übernehmen Verantwortung für dieses Land auch in der Opposition und setzen diesen Kurs beim Haushalt fort. Die Grundlinie der Finanzministerin können wir mittragen, aber es braucht bei einer Reihe von Punkten deutlichere Impulse und mehr Konsequenz – das bieten unsere Haushaltsanträge! Seit Beginn der Pandemie nehmen wir diejenigen in den Blick, die es besonders schwer haben. Dazu zählen beispielsweise Familien, Heimbewohner\*innen und die Beschäftigten zum Beispiel im Gesundheitssystem, die für uns schufteten. Diese Gruppen haben wir bei unseren Anträgen in den Fokus gerückt.

Unsere Haushaltsanträge haben wir in vier Bereiche gegliedert:

1. Folgen der Pandemie mindern: 11,5 Mio. € für FFP-2-Masken für alle Menschen in SH (sechs Masken für alle zwischen 6 und 60). Diese Forderung halten wir für zentral, denn solange wir nicht alle Menschen impfen können, brauchen wir den Schutz über die FFP2-Masken. Andere Bundesländer sind auch hier bereits weiter als Schleswig-Holstein und stellen den Bürger\*innen bereits kostenlose Masken zur Verfügung. 5 Mio. € für Landgasthöfe, 8 Mio. € für Fahrtkosten von mobilitätseingeschränkten Personen zu den Impfterminen
2. Wirtschaft stärken - Umwelt schützen - Nachhaltig handeln: 250 T € für Projektstudie Landeswohnungsbaugesellschaft + 4 Mio. € für den kommunalen Wohnungsbau, 27 Mio. € für Neubau und Sanierung von Radwegen an Landesstraßen + 800 T € für Radschnellwege in der Metropolregion, 2 Mio. € um Kommunen auf dem Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen; rund 500 T € für eine Landesstrategie zum Ausstieg aus Glyphosat, neue strategische Ausrichtung für Biogasanlagen und verträgliche Nutzung der Photovoltaik-Energie
3. Soziale Verantwortung für die Menschen in SH: 1,2 Mio. € für Hausbesuche bei Senior\*innen in SH, 29 Mio. € für gebührenfreie Krippen-Betreuung und Beitragsfreiheit für Kinder mit Behinderung, 500 T € für die Palliativweiterbildung von Pflegepersonal in der Altenpflege
4. Die Gesellschaft nach der Pandemie stärken: 400 T € für die Volkshochschulen; rund 450 T € für Kulturelle Bildung (Leseförderung, Musikschulen und Soziokultur), 130 T € als Unterstützung für diejenigen, die unsere Demokratie widerstandsfähig machen (Lokalradios + Landesmedienanstalt)

Die SPD hat für alle Vorschläge eine seriöse Gegenfinanzierung eingebracht und unterscheidet sich damit von der Koalition, die sich für den Weg der Neuverschuldung entschieden hat, ohne vorher eigene Projekte mit kritischem Blick neu zu bewerten.

Klar ist aber auch: mittel- und langfristig braucht es auf Bundesebene Antworten zur Finanzierung der Kosten der Krise. Das darf nicht zu Lasten derjenigen in unserer Gesellschaft gehen, die normale oder gar niedrige Einkommen haben – dafür braucht es mit Blick auf den September 2021 progressive Mehrheiten!“

Das war die Landtagsrede von Ralf Stegner: <https://www.youtube.com/watch?v=uj4OgbMLueM>

Kinderschutz:

## Kinder und Jugendliche vor sexualisierter Gewalt schützen!

*Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt und Ausbeutung zählt zu den grundlegenden Aufgaben des Staates. Deshalb müssen wir gemeinsam und trotz der neuen Herausforderungen durch die Corona-Krise das Netz aus Prävention, Intervention und Hilfen für Kinder, Jugendliche und erwachsene Betroffene dringend weiter ausbauen und dauerhaft stärken. Deshalb hat die SPD einen Antrag (Drs. 19/2767) eingebracht, in dem wir ein Landespräventionsprogramm in Höhe von 350.000 Euro fordern. Dazu erklärt die familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:*

„Der Schutz von Kindern und Jugendlichen muss höchste Priorität in unserer Gesellschaft haben. Unsere Aufgabe als Parlament ist es, dieser Priorität politisch Ausdruck zu verleihen. Leider müssen wir feststellen, dass trotz all unserer Bemühungen Kinder und Jugendliche weiterhin Gewalt ausgesetzt sind – das trifft leider vor allem auch auf sexualisierte Gewalt zu. Dieses Leid müssen und wollen wir beenden. Daher fordert die SPD ein Landespräventionsprogramm, das Kinder und Jugendliche in allen Lebensbereichen umfasst und diese auch entsprechend schützt, sei das beim Sport, in der Kita, den Jugendeinrichtungen oder in der Schule.



**„Der Schutz von Kindern und Jugendlichen muss höchste Priorität in unserer Gesellschaft haben!“**

Laut BKA-Chef Münch ist die Gefahr von Kindern mit Behinderung, Opfer von sexualisierter Gewalt zu werden, deutlich höher. Auch wenn die offiziellen Zahlen in der

Pandemie nicht signifikant gestiegen sind, ist zu befürchten, dass die Dunkelziffer viel höher liegt. Durch Corona hat sich die Situation weiter verschärft, weil der Kontakt in die Einrichtungen Pandemie-bedingt fehlt. Auch viele Jugendämter bemängeln, dass diese Kinder aus dem Blick geraten sind und Gewalt nicht mehr so schnell erkannt wird, wie das früher der Fall war. Auch die Expert\*innenanhörung letzte Woche hat gezeigt, dass Kinder und Jugendliche für ihre Anliegen viel zu wenig Gehör finden. Wir müssen feststellen - und das ist eine bittere Erkenntnis -, dass unsere bisherigen Beteiligungskonzepte in der Krise nicht mehr funktionieren. Auch das müssen und wollen wir verändern. Daher ist es wichtig, jetzt neue Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen und die bestehenden Konzepte zu erweitern. Leider hat Jamaika unser Landespräventionsprogramm abgelehnt. Das ist insofern schade, weil wir mehr finanzielle Mittel gefordert haben, die in der Fläche dringend benötigt werden. Selbstverständlich unterstützen wir besondere Schutzkonzepte für die medizinische Behandlung. Wir haben bereits für das Landeskrankenhausgesetz Änderungsvorschlägen eingebracht, die Jamaika jedoch allesamt abgelehnt hat. Jetzt schiebt die Landesregierung die Verantwortung einmal mehr in Richtung Bund. Verantwortungsvolles Regieren ist das allerdings nicht! Und wir stehen mit unserer Kritik nicht alleine: Auch der Kinderschutzbund hat an dieser Stelle von deutlichen Versäumnissen der Landesregierung gesprochen.“

Das war die Landtagsrede von Serpil Midyatli: <https://www.youtube.com/watch?v=t5Yt3zN3AAo>

---

Friedenspolitik:

## Für eine atomwaffenfreie Welt!

*Die SPD hat die Landesregierung in einem Antrag (Drs. 19/2758) aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine deutsche Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Vertrages über das Verbot von Kernwaffen einzusetzen. Dazu erklärt der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dr. Ralf Stegner:*

Wir alle hatten das Glück, nie direkte Zeugen des Einsatzes von Atomwaffen zu werden. Dabei war die Gefahr über die langen Jahre des Kalten Krieges sehr real. Bei der Kuba-Krise 1962 waren wir näher am Atomkrieg als jemals zuvor. Schleswig-Holstein hätte damals in der vordersten Frontlinie gelegen, direkt an der Grenze zwischen Ost und West. Der Kalte Krieg ist seit 30 Jahren vorbei und viele halten die Gefahr durch Atomwaffen für gebannt. Das ist ein großer Irrtum.

*„Weltweit werden heute noch immer über 13.000 Atomwaffen in den Arsenalen der offiziellen und inoffiziellen Atommächte gelagert!“*



Weltweit werden heute noch immer über 13.000 Atomwaffen in den Arsenalen der offiziellen und inoffiziellen Atommächte gelagert. Und umso wichtiger ist es, auf diese Gefahr nicht nur hinzuweisen, sondern alles zu unternehmen, um sie zu begrenzen.

Jeder Einsatz von Atomwaffen hätte auch heute katastrophale Folgen für die Gesundheit heutiger und künftiger Generationen. Die Beispiele von Hiroshima und Nagasaki mahnen. Und wir wissen: Die heute zur Verfügung stehenden Sprengköpfe haben ein Vielfaches der damaligen Zerstörungskraft. Der Einsatz von Atomwaffen darf keine denkbare Alternative sein. Daraus folgt eine notwendige Konsequenz: Diese Waffen müssen vollständig beseitigt werden. Mit diesem Ziel ist der internationale Atomwaffenverbotsvertrag am 22. Januar 2021 in Kraft getreten. Eine Mehrheit der Staaten der Welt hat das Abkommen beschlossen, 51 Staaten haben ihn bis heute ratifiziert – Deutschland gehört bisher nicht dazu.

Die Bundesregierung hat sich noch nicht einmal an den Verhandlungen über diesen Vertrag beteiligt. Die Regierung begründet das im Jahresabrüstungsbericht von 2017: Sie befürchtet durch diesen Vertrag eine Schwächung des Atomwaffensperrvertrags. Diese Befürchtungen sind rechtlich lange widerlegt. Beide Verträge stehen zueinander nicht in Konkurrenz, sondern ergänzen sich. Die wahre Motivation ist eine andere. In der NATO gibt es große Vorbehalte gegenüber dem Verbotsvertrag. Und damit verbunden bei Teilen der deutschen Politik die Befürchtung, den NATO-Partnern und allen voran den USA mit einer Unterzeichnung in den Rücken zu fallen. Auch in der SPD teilen einige diese Befürchtung. Ich bin überzeugter Transatlantiker und – trotz aller Entwicklungen der vergangenen Jahre von der unseligen Trump-Präsidentschaft bis zum Sturm auf das Capitol – ein großer Bewunderer der USA und ihrer Vorbildrolle als älteste der modernen Demokratien. Im Übrigen hat Joe

Biden die Wahl gewonnen und nicht Herr Trump. Und gerade wir Deutschen müssen dankbar sein für die Verantwortung, die Amerika bei der Befreiung von der Nazi-Diktatur und beim Aufbau und Schutz unseres Landes übernommen hat. Trotzdem halte ich ein strategisches Konzept, das auf wechselseitiger atomarer Bedrohung basiert, für grundfalsch. Allemal im Jahr 2021.“

Das war die Landtagsrede von Ralf Stegner: <https://www.youtube.com/watch?v=gF6lF0Guu9k>

---

Bildung:

# Bildung darf nicht gegen Gesundheit ausgespielt werden!

*Die Entwicklung des Infektionsgeschehens in den letzten Monaten hat klar gezeigt, dass eine schnelle Überwindung der Corona-Krise nicht zu erwarten ist und dass die umfassenden Maßnahmen, die sich auf das gesamte gesellschaftliche Leben und ganz besonders auf die Bildung auswirken, noch auf nicht absehbare Zeit fortgeführt werden müssen. Deshalb hat die SPD einen Antrag (Drs. 19/2765) in die Landtagssitzung eingebracht mit den Konsequenzen, die sich für alle ergeben, die Verantwortung für Bildung tragen und diese Verantwortung ernst nehmen. Dazu erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Martin Habersaat:*

„Spätestens Donald Trump hat bewiesen, dass Twitter für eine differenzierte Kommunikation ungefähr so geeignet ist wie eine Nachricht auf einem Blatt Papier, das um einen Stein gewickelt durch eine Scheibe geworfen wird. Frau Ministerin Prien hat Anfang Februar auf Twitter geschrieben: „Gesundheit steht ganz klar vor Bildung“ sei zu Ende gedacht ein rigider Satz, den sie nicht teile.“ Das fand ein geteiltes Echo. Und gemeint war sicher nicht einmal die rigide Umkehrung, Bildung gehe vor Gesundheit. Aber nach einem Jahr Corona liegen die Nerven blank, umso mehr, als dies nicht die erste Kommunikationspanne im Corona-Jahr war. Und damit ist nicht nur das Stakkato immer neuer ministerieller Enzykliken gemeint, das es kaum noch möglich macht, ständig veränderte Dienstanweisungen nachzuvollziehen. Das Schuljahr 2020/21 dauert jetzt noch etwa dreieinhalb Monate – einschließlich Osterferien und verlängerten Wochenenden. Deshalb ist es an der Zeit zu bilanzieren, wo wir jetzt stehen und für unsere Schulen so viel Sicherheit zu schaffen, wie wir irgendwie können.



*„Keiner von uns wird behaupten, dass das Schuljahr 2020/21 ein normales Schuljahr ist!“*

Keiner von uns wird behaupten, dass das Schuljahr 2020/21 ein normales Schuljahr ist. Aber noch immer vermitteln zu viele den Eindruck, man könne dieselben Leistungen abfordern wie immer, dieselben Stundenpläne durchexerzieren und dieselben Tänze um die Bedeutung der Noten aufführen. Das setzt Schülerinnen und Schüler unter Druck, aber auch Lehrkräfte und Eltern. Mit der vereinfachten Beurlaubungsmöglichkeit kommt die Bildungsministerin unserem Ansinnen nach, die Präsenz auch in die Verantwortung der Eltern zu legen. Wir fordern, dass diese Regelung bis zum Ende des Schuljahres verlängert wird. Außerdem sollte von Klassenunterricht und dem regulären Stundenplan abgesehen werden. Der Druck muss raus und kleinere Gruppen ermöglicht werden. Auch muss den Lehrkräften geholfen werden, die Dreiteilung zwischen Präsenzunterricht, Distanzunterricht und Notbetreuung durch eine Reduzierung der Vorgaben bewältigen zu können. Für die Schülerinnen und Schüler müssen Unterstützungsmöglichkeiten geschaffen werden: Förderstunden, Tutorensysteme, Gutscheine für Nachhilfe, Sprechstunden - das darf nicht dem Engagement und den Überstunden der einzelnen Lehrkraft überlassen bleiben. Übrigens: Im Bremen ist Sofatutor ein fest integrierter Bestandteil von „itslearning“.

Auch in dieser Landtagsdebatte ist, wie in letzter Zeit regelhaft, pünktlich zur Debatte ein sogenannter Alternativantrag auf den Tisch geflattert. Dessen pauschal zusammengefasster Inhalt lautet: „Was die Regierung tut, ist wohlgetan.“ Wer trotzdem liest, liest folgendes: „Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung die nötigen Maßnahmen getroffen hat, um in der Pandemie den Schulbetrieb so sicher wie möglich zu gestalten.“ Das grenzt nicht nur an Realitätsverweigerung, das geht absichtlich darüber hinaus. • Hat die Landesregierung so schnell wie möglich zusätzliche Schulbusse zur Verfügung gestellt? Nein, nach langem Zögern erreichte den

Finanzausschuss die entsprechende Förderrichtlinie erst heute. • Stellt die Landesregierung allen Schülerinnen und Schülern medizinische Masken zur Verfügung? Nein, das tut sie nicht. • Sieht das Konzept der Landesregierung Tests für Schülerinnen und Schüler vor, wie es sie in Österreich oder Dänemark gibt? Nein. Siehe Debatte von heute Vormittag. Sie schreiben dazu heute, dass die Kosten für Selbsttests vom Bund zu tragen sind - als ob das momentan die größte Sorge wäre. • Setzen Sie an den Schulen ein Kohortenprinzip um, das tatsächlich auch die Begegnungen von Lehrkräften mit unterschiedlichen Klassen auf ein Minimum reduziert? Nein, Sie setzen auf Stundenpläne, als wenn nichts wäre. • Sind alle Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein -Stand heute, ein Jahr nach Pandemiebeginn- mit digitalen Endgeräten und Internetzugängen ausgestattet? Nein, sind sie nicht. So sicher wie möglich ist der Schulbetrieb vielleicht im Rahmen der Möglichkeiten dieser Landesregierung. Dass sie an diesen Möglichkeiten etwas ändern sollte, haben wir ihr schon mehrfach gesagt.“

Das war die Landtagsrede von Martin Habersaat: <https://www.youtube.com/watch?v=I0GyqB6RtiY>

---

## Impressum

Herausgeberin: SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein  
Heimo Zwischenberger, Pressesprecher  
Marie Strake, Layout

Postfach 7121, 24171 Kiel

**SPD** **FRAKTION  
SCHLESWIG-  
HOLSTEIN**